Verbot der gewerblichen Verarbeitung von Reichsmünzen. Gegen den Mißbrauch von Reichsmünzen wendet sich eine soeben erlassene Bundesratsverordnung. Wer ohne Genehmigung des Reichskanzlers Reichsmünzen behufs gewerblicher Verwertung einschmilzt oder sonst verarbeitet oder Gegenstände, die in erkennbarer Weise unter Verwendung von Reichsmünzen hergestellt sind, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit einer Geldstrafe bis zu 15 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bedroht. Daneben kann auf Einziehung dieser Gegenstände erkannt werden. Das Verbot hat, abgesehen von dem bei Gold- und Silbermünzen in Frage kommenden Einschmelzen insbesondere auch die neuerdings beobachtete Verarbeitung eiserner Scheidemünzen zu Schmuckgegenständen im Auge. Hervorzuheben ist, daß sich das Verbot nur auf Reichsmünzen d. h. auf kursfähiges Geld bezieht, nicht aber auf außer Kurs gesetzte Münzen wie Dukaten, Taler usw. Die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für

Silber ist in der neuen Bundesratsverordnung nur vorläufig geregelt worden, indem dem Reichskanzler die Ermächtigung erteilt worden ist, Höchstpreise für Silber oder Silberwaren festzusetzen und die etwa notwendig werdenden ergänzenden Maßnahmen zu treffen.